



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886390.

9/XIII/160 - 19. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	Nun erst recht: Kampf dem Atomtod! Von Rolf Schroers	91
4	Eine noble Geste Indien gibt deutsches Vermögen zurück	41
5 - 6	Heimkehr ... in den Tod Selbstmorde ehemaliger politischer Häftlinge häufen sich	69
7	Schmuck für "DDR"-Schaufenster Demontierte Kunstschatze kehren zurück	41

* * * * *
* * * * *

Num erst recht: Kampf dem Atontod!

Von Rolf Schroers

Die Aktion gegen den Atontod, gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr totzusagen, hiesse, den Willen der deutschen Bevölkerung totzusagen, der sich gegen diese Aufrüstung wehrt, hiesse, alle Gründe totzusagen, die uns so leidenschaftlich gegen den verderblichen Entschluss der Regierung dieses Landes protestieren liessen, es hiesse im Grunde, dass sich alle Voraussetzungen dieses Protestes verflüchtigt hätten. Die Aktion gegen den Atontod, gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr ist erst dann abgeschlossen, wenn sie ihr Ziel erreicht hat. Darüber soll sich keiner ihrer Gegner täuschen, und keiner ihrer Gegner sollte versuchen, andere darüber täuschen zu wollen.

Die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen hat die Regierungspartei an die Spitze gebracht, mit knapp mehr als der Hälfte der abgegebenen Wählerstimmen. Die anderen Wählerstimmen haben sich gegen die CDU und damit gegen die atomare Aufrüstung entschieden. Das ist ein umso gewichtigeres Resultat, als auch die CDU sich nicht darüber täuscht, wie wenig sie die auf ihre Partei entfallenen Stimmen als etwa für die atomare Bewaffnung abgegeben glauben darf. In der Überzahl der Wahlkreise wurde überhaupt nicht politisch, sondern wurde das religiöse Bekenntnis "gewählt", und das nicht ohne Wahlhilfe der Konfession, die vor allen anderen in der CDU ihre Partei sieht, ein besorgniserregender Vorgang. Die CDU scheut die Volksbefragung, weil sie eine Sache, nicht eine Partei zu beurteilen hätte, und die Partei gewann die Wahl, weil die Sache für den naiven Wähler ein Schreckgespenst der Zukunft, nicht eine heute greifbare Gegenwart, keine nackte Tatsache ist. Ihre Stimmen sind die der politischen Phantasielosigkeit und jener Indifferenz, die für die Demokratie tödlich ist, weil sie nicht nur die Vertretung der politischen Überzeugung an die Kandidaten der Partei abtritt, sondern jede politische Urteilskraft selbst. Die CDU profitiert

19. Juli 1958

von der Urteilslosigkeit des Wahlvolkes, das sie wählt. Die Gegner der Regierungspolitik sind durchweg die politisch bewussteren Menschen. Natürlich gibt es solche Menschen auch bei der CDU - doch ihre Zahl reicht vermutlich nicht weiter als zu einer Splitterpartei. Dem entspricht parteipolitisch die bewusste Erziehung zu politischer Urteilslosigkeit, die vom Regierungschef angefangen, Element der von der CDU betriebenen Meinungsbildung ist.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist somit nicht etwa das Ende des Kampfes gegen die atomare Bewaffnung. Betrachtet man ihr Ergebnis nicht parteipolitisch, sondern als Grundlage für den nunmehr einzuschlagenden Weg, so ergibt sich die Aufgabe, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln aufklärend zu wirken und die politische Aktivität der stagnierenden Wähler zu steigern. Ehrliche Aufklärung und politische Aktivierung des Wählerwillens zerstören die Plattform der Indifferenz, auf der die Regierungspolitik so scheinbar sicher gründet. Es ist in diesem Wahlkampf gelungen, nahezu 50 Prozent aller Wähler zu einem politisch bewussten Wahlakt zu bewegen, zur klaren Ablehnung der atomaren Konsequenzen Adenauer'scher Politik.

Die Landtagswahl hat an der Substanz dieser Politik und ihren nach unserer festen Überzeugung verderblichen Folgen für dieses Land nichts geändert. Sie wird von der Regierung im Gegenteil als eine Bestätigung aufgefasst. Das heißt, die atomare Aufrüstung der Bundeswehr wird sich jetzt noch hemmungsloser vollziehen als zuvor, und damit wird unser Protest immer notwendiger, nehmen die Gefahren dieser Politik zu.

Dabei haben sich selbst die politischen Voraussetzungen sehr zu Ungunsten der Regierungspolitik verändert. In Frankreich brachte ein Staatsstreich den General de Gaulle an die Macht, der Adenauers festländische Vormachtstellung erschüttert. In England schiebt sich die Labourpartei an, die Regierung zu übernehmen, und die Labourpartei ist ein Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik, die nicht nur militärisch überflüssig ist, sondern eine zusätzliche

19. Juli 1958

Verschärfung in die mitteleuropäische Gefahrenzone bringt. Eine reine Parteienmanipulation kann der um sich greifender Alarmierung der Intelligenz in aller Welt keinen Abbruch mehr tun, und es ist nur eine Zeitfrage und eine Frage unserer eigenen politischen Aktivität, wie schnell sich die Einsicht der Intellektuellen, dieser Nobelpreisträger, Atomwissenschaftler, Mediziner - dieser Bischöfe und Laien - der Philosophen und Dichter, ja, selbst und sogar der Militärs umsetzen wird in der politischen Einsicht der Wähler.

Nirgendwo, selbst bei unserer Regierung nicht, besteht ein Zweifel daran, dass der atomare Schlag zu schändlicher Vernichtung in wirklich unausdenkbarem Ausmass führt. Nur kalte Hirne können eine Welt nach dem atomaren Krieg in ihr Kalkül einbeziehen - und das womöglich realistisch und mutig finden.

Die Zeit ist nicht lange vorbei, in der nur ein Wahnsinniger wännen mochte, die schreckliche technische Versuchung der atomaren Waffen würde an dieses Land überhaupt herantreten können. Sie könnte, wenn doch, von einem mit den Erfahrungen unserer Vergangenheit geschlagenen Volk nur abgewiesen werden. Es ist anders gekommen, unsere Regierung hat die historische Prüfung nicht bestanden. Sie wird abtreten müssen, denn sie wird nicht umkehren wollen. So lange wird der Kampf gegen den Atomtod andauern.

Die unmittelbare Aufgabe, die vor uns liegt, ist die Aufklärung und politische Aktivierung dieses Volkes. Die Opposition hat ihren Willen bekundet, den Kampf zusammen mit allen legalen Kräften unseres Landes weiterzuführen. Das Ziel ist bezeichnet, und der Weg ist klar. Ein guter Anfang ist gemacht, und wir werden nicht müde werden. Wir werden unangenehm bleiben für alle, die uns den vorzeitigen Tod wünschen, in Ost und West.

+ + +

Eine noble Geste

D.Str. - Die indische Regierung hat einer Regelung zugestimmt, die die Rückgabe des deutschen Vermögens zum Inhalt hat. Der Beschluß der indischen Regierung sieht folgendes vor:

Die Vermögenswerte von Deutschen mit dem Wohnsitz in der Bundesrepublik, deren Guthaben den Betrag von 5.000 Rupiah (4.400 Mark) nicht übersteigt, werden an die Eigentümer zurückgegeben. Die indische Botschaft hat mitgeteilt, daß Indien für die Überweisung dieser Beträge die erforderlichen Devisen bereitstellt.

Diejenigen Vermögenswerte, die jedoch die Summe von 5.000 Rupiah übersteigen, werden dem Eigentümer in der Form zurückgegeben, daß er verpflichtet wird, sie als zusätzliche deutsche Investitionen langfristiger Art in Indien anzulegen. Indische Ansprüche an das ehemalige deutsche Reich werden mit den Vermögenswerten über 5.000 Rupiah aufgerechnet. Damit werden die Inhaber dieser Vermögen Gläubiger der indischen Regierung.

Dieser Entschluß der indischen Republik hat hohen politischen Wert. Er zeigt, daß dieses politisch so angesehenes Land Pandit Nehrus dem deutschen Volke freundschaftlich verbunden ist. Er macht aber auch deutlich, daß die Wirksamkeit des ehemaligen deutschen Botschafters in Indien, des jetzigen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Professor Dr. Ernst Wilhelm Meyer, gute Früchte trägt. Sein Verdienst ist es, diese freundschaftliche Verbundenheit beider Völker gefördert und gefestigt zu haben.

Die Freigabe der deutschen Vermögen in Indien lehrt jedoch noch ein zweites: die Bundesrepublik muß die Beziehungen mit den übrigen jungen Nationen Asiens noch mehr intensivieren. Es ist bekannt, daß auch die indonesische Regierung im Begriff ist, über die Rückgabe deutscher Vermögenswerte im ehemaligen niederländisch-indischen Kolonialreich zu verhandeln. Und wenn die Nachrichten, die aus Peking kommen, stimmen, dann ist man auch im Reiche der Mitte bereit, die Vermögen der ehemaligen deutschen Handelsfirmen freizugeben. Diese Geste der Volksrepublik China zeigt jedenfalls, daß Peking bereit ist, seine Handelspartner von gestern loyal zu behandeln.

Leider hat die Bundesregierung offiziell nicht allzuviel getan, um ein gutes Verhältnis mit China herzustellen. Sie hat im Gegensatz zu England und anderen NATO-Staaten, die auf amerikanische Initiative zustandegekommene Lieferungsbeschränkung gegenüber Mao Tse Tung sehr streng wahrgenommen und durch die politisch fehlerhafte Reise des Bundestagsvizepräsidenten Dr. Jäger (CSU) nach Formosa eine nicht gerade günstige Atmosphäre geschaffen. Wenn nun China trotzdem willens ist, deutsche Vorkriegsvermögen zurückzugeben, sollte dies für die Bundesregierung Anlaß sein, die diplomatischen Beziehungen mit Peking aufzunehmen. Auf die Dauer kommen wir um eine stärkere Beachtung dieses Landes doch nicht herum.

Heimkehr... in den Tod

G.B. Vor kurzem konnte man in einer westdeutschen Zeitung die Anzeige vom Freitod eines jungen Menschen lesen, der wenige Monate zuvor aus einem sowjetzonalen Zuchthaus entlassen worden war. Als zwanzigjähriger Student wurde Hans-Joachim F. in der Zone verhaftet, weil er Flugblätter verteilt hatte, die sich gegen den Unrechtsstaat Ulbrichts wandten. Fünfzehn Jahre für Boykottetzer verhängte die SED-Justiz, von denen er sechs Jahre in Lagern und Zuchthäusern zubrachte, bis er 1958 aus Zwickau entlassen wurde. Was die körperlichen Entbehrungen und seelischen Qualen der Haft nicht vermocht hatten, das brachten wenige Wochen Aufenthalt in der Bundesrepublik zustande: Hans-Joachim F. zerbrach, der einzige Ausweg schien ihm der Tod.

Es waren nicht wirtschaftliche Nöte, die ihn diesen Weg gehen liessen. Er kehrte in ein Elternhaus zurück, das keine materiellen Sorgen kannte und ihn liebevoll aufnahm. Was ihn verzweifeln liess, war das Unverständnis der Behörden, die er durchlaufen musste, die Interesselosigkeit der Bundesbürger allen Fragen der Zone und der Wiedervereinigung gegenüber, das ausschliessliche Streben nach Wohlstand und Gewinn. Zu verschieden vom Idealbild der Freiheit, das sich der Zwanzigjährige auf seiner Pritsche in Zwickau ausgemalt hatte, war die Wirklichkeit des Wirtschaftswunders.

Die gleichen bitteren Erfahrungen wie F. mussten auch andere Heimkehrer sammeln. "Nach einer solchen Zeit der Haft," schrieb einer seiner Leidensgefährten, der mit ihm entlassen wurde, "steigert sich das Gefühl der Bedrängung und Gefährdung. Ich kenne dieses Gefühl und will gestehen, auch ich habe mich öfter mit dem Gedanken an den Tod beschäftigt. Ich bin so gut wie allein in der Welt, meine Eltern sind in der Sowjetzone, und ich habe alles andere als einen freundlichen Empfang in der Bundesrepublik gefunden..."

"Jahrelang hat man geglaubt," erzählt ein anderer, "in der Freiheit wird alles gut werden, und schon in Berlin-Marienfelde musste man feststellen, dass die Ordner sich aufführten wie die Zuchthauswärter."

Der Selbstmord des jungen Studenten ist kein Einzelfall. Innerhalb von vier Wochen wurde der Freitod zwei weiterer politischer Heim-

19. Juli 1958

kehrer gemeldet. Hier war bittere materielle Not das Motiv. 1953 kam Paul D., der in Halle eine kleine Gastwirtschaft besitzen hatte, nach zweijähriger Haft nach Säckingen. Er hatte sich keine Illusion darüber gemacht, dass er hier sofort wieder zu bescheidenem Wohlstand gelangen würde. Aber die Not, die ihn erwartete, hatte er sich nicht ausgemalt. "Zu alt," war die Antwort, die man dem 52jährigen gab, wenn er um Arbeit als Kellner oder Koch nachsuchte. Darlehen zum Aufbau einer Existenz? Gewiss, aber wie langsam mahlen die Wälzer der Bürokratie. Inzwischen erkrankte seine Frau im Lager, und Paul D. verdingte sich als Hilfsarbeiter für 1.44 DM Stundenlohn in einer Bleicherei, zu der er einen Anmarsch von drei Stunden brauchte. Das Lagerleben - eine Wohnung war nicht zu bekommen - gab ihm den Rest. Auch er wählte den Tod.

Ähnlich lag der Fall bei Heinrich P., wo auch Arbeitslosigkeit und vergebliche Wohnungssuche die Rückkehr in ein normales Leben verhinderten.

Wem trifft die Schuld, wenn Menschen, die durch ihren Widerstand gegen die SED-Diktatur gezeigt haben, dass sie zum moralisch und politisch wertvollen Fundus unseres Volkes gehören, in der Bundesrepublik keinen Platz finden? Es gibt Gesetze, die ihnen helfen sollen, aber die Menschen, die diese Gesetze anzuwenden haben, tragen Gleichgültigkeit, oft sogar Ablehnung und Misstrauen zur Schau. Keiner möchte gern in seiner Betaglichkeit durch die Erinnerung daran gestört werden, dass 17 Millionen Deutsche für unser Wirtschaftswunder bezahlen. Oder ist es so, wie ein Heimkehrer schreibt, "dass ein Mensch, welcher das nicht erlebt hat, sich nicht ganz in unsere Lage versetzen kann und nicht auf den Gedanken kommt, zu fragen, ob der Übergang von der Zelle zum Zuhause wie ein Schock sein kann. Der Kontrast zum Wirtschaftswunder, die Sturheit der Menschen hier, ihre Oberflächlichkeit, das ist zu schwer zu ertragen."

Die Glocken, die 1955 die Heimkehr der letzten Kriegsgefangenen einläuteten, sind verstummt. Unbemerkt und leise vollzieht sich heute die Heimkehr der politischen Gefangenen aus der Zone. Können wir es verantworten, dass sie sich ebenso unbemerkt wieder aus dem Leben stehlen, nachdem sie endlich ihre Freiheit zurückgewonnen haben?

Schmuck für "DDR"-Schaufenster

K.J. Als 1945 die siegreichen Sowjettruppen in Deutschland einrückten, demontierten sie nicht nur Fabriken, Maschinen und Eisenbahngleise, sondern auch die Kunst. Mit einem für die rauhen Zeiten der ersten Nachkriegsmonate überraschenden Sinn für kulturelle Werte machten sie manches Museum leer, manche Gemäldegalerie. Viele ausgelagerte Kunstschätze blieben zwar von den Bomben verschont - nicht aber von der Demontage. Die Mitteldeutschen empfanden damals die Requirierung alter Gemälde und Schnitzereien durch die Sowjets nicht so drückend und unmitelbar wie den Abtransport von Industrieausrüstungen. Schließlich war das eine so etwas wie totes Kapital - das andere brauchte man zum Leben, zum Weiterarbeiten.

Nach und nach kommen die demontierten Kunstschätze nach Mitteldeutschland zurück: Ulbrichts "DDR" ist nach sowjetischer Auffassung endgültig würdig für dieses "Geschenk". Insgesamt soll es sich um anderthalb Millionen Kunstgegenstände und Archivgüter handeln, die runde 300 Eisenbahnwaggons füllen werden. Wann die Rückgabe abgeschlossen sein soll, ist nicht vermeldet. Man weiß nur, daß sich die Sowjetunion mit besonders wertvollen Stücken noch etwas Zeit lassen will - beispielsweise mit dem Glanzstück des Berliner Staatlichen Museums, dem Pergamonaltar: er soll noch ein paar Monate in Moskau und Leningrad ausgestellt werden.

Auch wir Bundesbürger müssen dankbar sein dafür, daß Moskau diese Kriegsbeute wieder herausruckt - schließlich gehören die in Deutschland bei Kriegsende befindlichen Kunstschätze allen Deutschen und nicht nur denen, die zufällig in der "Zone" leben. Dankadressen an Moskau sind freilich deplaciert, und das schon darum, weil sehr viel mutwillig oder fahrlässig zerstört worden ist in jenen Tagen des Zusammenbruchs. Immerhin: es blieb weit mehr erhalten, als wir glaubten, und es sieht ganz so aus, als wären die Demonteure mit der Kunst weitaus vorsichtiger umgegangen als mit manchen grob herausgerissenen kostbaren Maschinen und Instrumenten, die schon in den Reparationszügen oft nur noch Schrottwert hatten.

Sicher gehört die Rückgabe der Kunstschätze zum großangelegten Plan der Sowjets, die "DDR" für den Westen attraktiv zu machen. Mitteldeutschland soll in jeder Hinsicht zum Schaufenster des Ostblocks werden. Und in dieses Schaufenster gehören auch die "wiedergeschenkten" Werke der Kunst. Daß sie nach Deutschland zurückkommen, soll uns ehrlich freuen - gleich, welchen politischen Effekt die Sowjets auch damit erzielen wollen. Schließlich hätte sie niemand zwingen können, ihre Kriegsbeute wieder herauszurücken. Eben diese Einsicht sollte ein Grund zu stiller Genugtuung sein.

+ + +

Verantwortlich: i. W. Albert Exler